



„Brocken-Challenge“ für guten Zweck

SCHIERKE/GÖTTINGEN/DPA - Rund 150 Läufer haben sich bei strahlendem Sonnenschein und bestem Winterwetter der „Brocken-Challenge“ gestellt. Der jährliche 92-Kilometer-Lauf führte die Teilnehmer am Samstag von Schierke über den Brocken bis nach Göttingen in Südniedersachsen. Wie in den Jahren zuvor sollen die Antrittsgelder der Teilnehmer gespendet werden. FOTO: DPA

Sachsen-Anhalter werden digitaler

HALLE/DPA - In Sachsen-Anhalt hat sich die technische Ausstattung in den heimischen vier Wänden verändert. „2021 verfügten rund 91 Prozent aller Haushalte über Informations- und Kommunikationstechnik“, sagte der Präsident des Statistischen Landesamtes, Michael Reichelt. 2020 waren es noch 87 Prozent. Einen Internetanschluss besaßen 94 Prozent. Ein Trend sei vor allem bei mobilen Computern, aber auch bei Druckern zu verzeichnen.

Anhalt auf 1.639,1 gestiegen. Das meldete das Robert-Koch-Institut (RKI) am Sonntag. Die höchste Inzidenz hatte der Landkreis Jerichower Land mit 2.300,8, die niedrigste der Landkreis Stendal mit 645,3.

Betrunkener fällt mehrfach auf

TANGERHÜTTE/DPA - Ein betrunkenen Fahrradfahrer ist in Tangerhütte (Kreis Stendal) zweimal innerhalb weniger Stunden von der Polizei gestoppt worden. Der 39-Jährige war am Samstagmorgen Schlangenlinien gefahren, teilte die Polizei am Sonntag mit. Ein Alkoholtest auf dem Polizeirevier ergab einen Pegel von 3,08 Promille. Nur zwei Stunden später sei der Mann erneut auf einem Fahrrad erwischt worden, diesmal mit 2,62 Promille.

Corona-Inzidenz steigt auf 1.600

MAGDEBURG/DPA - Die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus pro 100.000 Einwohner und Woche ist in Sachsen-

Sachsen-Anhalts Corona-Regeln

seit dem 14.01.2022

3G-Regel - Zutritt nur für Geimpfte, Genesene oder negativ Getestete

Es gilt weiter Masken- und Abstandspflicht.



Öffentlicher Personenverkehr



Körpernahe Dienstleistungen



Messen und Ausstellungen



Arbeitsplatz

2G-Regel - Zutritt nur für Geimpfte und Genesene

Es gilt weiter Masken- und Abstandspflicht.



Einzelhandel (Ausnahme: Super- u. Baumärkte, Grundversorgung)



Innengastronomie



Beherbergungsbetriebe (Ausnahme: berufliche Gründe)



Veranstaltungen in Innenräumen ab 50 Personen (200 Personen im Außenbereich)



Freizeit-einrichtungen



Kulturzentren, Seniorentreffs, Bürgerhäuser

2G-plus-Regel - Zutritt nur für Geimpfte und Genesene mit Testpflicht

Testpflicht für Geboosterte entfällt.

Es kann auf Masken- und Abstandspflicht verzichtet werden.



Volksfeste



Sport- und Kulturveranstaltungen



Chorbetrieb

Kontaktbeschränkungen



Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte: Treffen eines Haushalts plus maximal zwei Personen eines weiteren Haushalts



Empfehlung für Geimpfte und Genesene: Treffen nicht mit mehr als zehn weiteren Personen

QUELLE: LAND SACHSEN-ANHALT GRAFIK: MZ/BÜTTNER

Protest künftig nur im Netz

FLUGHAFEN LEIPZIG/HALLE Nächste Runde im Ringen um den Ausbau: Anwohner können Beschwerden vortragen, jedoch ausschließlich online. Aktivisten vermuten einen Trick.

VON MAX HUNGER

HALLE/LEIPZIG/MZ - Seit Jahren kämpft Peter Richter gegen den Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle. Seit Jahren sind Bilder dabei eines der wichtigsten Mittel beim Protest gegen den Turbinenlärm. Fotos von Anwohnern, die Transparente in die Kameras von Journalisten halten, Gruppen mit Fahnen und Trillerpfeifen. „Man sieht an der großen Masse, dass die Leute nicht zufrieden sind“, sagt der Döllnitzer (Saalekreis). Doch die nächste Etappe im Ringen um die Stellplatzweiterung wird wohl ohne Protestbilder auskommen - sie wird auf Tastatur und Bildschirm ausgetragen.

Einwände nur schriftlich

Im März können Bürger erneut Einwände gegen den geplanten Ausbau des Airports Leipzig/Halle vorlegen. Der Paketdienst DHL plant hier, die Stellflächen für Frachtflieger zu erweitern, um dem steigenden Bedarf an Sendungen nachzukommen. Anwohner befürchten dadurch jedoch eine massive Steigerung des nächtlichen Fluglärms. Nach Angaben der Landesdirektion Sachsen (LDS) wird der Erörterungstermin zu dem Vorhaben allerdings nur online stattfinden.

Über ein Portal im Internet sollen Bürger ihre Einwände nach Anmeldung laut LDS schriftlich einreichen und zudem Stellungnahmen des Flughafenbetreibers einsehen können. Damit will die Behörde Coronainfektionen während der Veranstaltung vermeiden. „Mit der Online-Konsultation ist garantiert, dass niemand aus sich oder andere gefährdet“, sagt Direktionsprecher Ingolf Ulrich der MZ. Ausbaueegner vermuten dahinter hingegen einen Trick, um den Protest zu schwächen.

„Ich denke, die verarschen uns“, sagt Anti-Fluglärm-Aktivist Peter Richter. Aus der Sicht des Vorsitzenden der „Interessengemeinschaft Nachtflugverbot“ sei die Begründung für den Online-Zwang ungläubwürdig. Schließlich kämen zeitgleich wieder tausende Fans in Fußballstadien zusammen. Trotz Pandemie. Auch die Bürgerinitiative „Gegen die neue Flugroute“ vermutet hinter dem Ausweichen ins Internet ein anderes Motiv. „Die Sache hat Methode und ist die scheindemokratische Fortsetzung des bisherigen Verlaufes“, teilte die Initiative mit. Die Aktivisten befürchten, dass die Diskussion um die vermehrten Frachtflüge aufgrund der fehlenden Vor-Ort-Veranstaltung ihren Weg nicht in die Öffentlichkeit findet und die Einwände als Einzelmeinung abgetan



Im November machte die Antonow AN-225, das größte Flugzeug der Welt, Station am Flughafen Leipzig/Halle. FOTO: DPA

werden könnten. Sie fordern eine Präsenzveranstaltung.

Die Landesdirektion verteidigt indes ihre Entscheidung: Beim Erörterungstermin gehe es ausschließlich darum zu prüfen, ob auf Grundlage der Ausbaupläne und den Einwänden der Bürger eine Lösung für den Konflikt gefunden werden könne. Ob das schriftlich oder vor Ort stattfindet, spiele hierbei keine Rolle, so Di-

rektionsprecher Ulrich. „Auch ein Erörterungstermin in Präsenz ist keine öffentliche Diskussionsveranstaltung.“

Verfahren rechtlich zulässig

Der Frust der Ausbaueegner hat eine lange Vorgeschichte: Nach der öffentlichen Auslegung der Pläne vor zwei Jahren gingen bereits über 8.000 Einwendungen aus der Bevölkerung gegen das Bauvorhaben ein. Denn statt heute 64.000 Flügen im Jahr sollen bis 2032 etwa doppelt so viele Maschinen am mitteldeutschen Airport starten und landen. Viele Anwohner aus den 17 umliegenden Kommunen in Sachsen und Sachsen-Anhalt befürchten dadurch eine deutlich Steigerung des Fluglärms - vor allem in der Nacht. Denn die Frachtmaschinen starten und landen ab 22 Uhr bis in die Morgenstunden. Laut Bürgerinitiative „Gegen die neue Flugroute“ sorgen sie dabei für Lärmspitzen von über 70 Dezibel in den umliegenden Wohngebieten. Das entspricht etwa der Lautstärke eines Staubsaugers.

Um zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, hatte das Land Sachsen im vergangenen

September Jörg Puchmüller als Beauftragten für Fluglärmenschutz eingesetzt. Einen Nachteil für die Anwohner sieht Puchmüller durch den Online-Termin nicht: „Ich gehe davon aus, dass niemand in seiner Meinungsfreiheit beeinträchtigt wird.“ In kommenden Dialogen mit den Bürgern wolle er das Thema jedoch ansprechen, erklärte der Fluglärm-Schutzbeauftragte. Den Online-Termin hält er jedoch für rechtlich zulässig.

Bislang bleibt es also dabei: Ab 21. März können Bürger nach Anmeldung neue Einwände über ein passwortgeschütztes Portal einreichen. Wer keinen Internetanschluss hat, kann laut LDS einen Termin am Leipziger Sitz der Behörde vereinbaren.

Die Aktivisten tüfteln derweil bereits an Plänen, um ihrem Protest trotz Online-Anhörung eine breite Bühne zu geben. Bleibe es bei der Konsultation per Internet, werde er zumindest eine öffentliche Versammlung der Ausbaueegner anstoßen und um Aufmerksamkeit werben, kündigte Peter Richter an. „Wenn man genug Leute auf der Straße hat, hört uns die Politik auch.“

Höhenflug für Airport

DHL betreibt am Flughafen Leipzig/Halle sein größtes Luftfrachtdrehkreuz. Jede Nacht landen und starten etwa 60 Flugzeuge, die vor allem Expresspakchen innerhalb Europas transportieren.

8.200 Mitarbeiter sind hier beschäftigt. Der Flughafen will das Geschäft in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Die Vorfeldflächen sollen dafür erweitert werden. Bis zu 100 Maschinen könnten dann pro Nacht abgefertigt werden.

Auch Unternehmen im Land leiden

ENERGIEPREISE Die Landesregierung fordert den Bund zum Eingreifen auf.

MAGDEBURG/DPA - Angesichts der hohen Energiepreise hat Sachsen-Anhalts Landesregierung staatliche Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise gefordert. „Ich sehe den Staat in der Verpflichtung. Wenn der Preis sich nicht normalisiert, werden wir gerade im kleinen und mittelständischen Bereich in Ostdeutschland eine Insolvenzwelle erleben“, sagte Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). Viele Unternehmen, die energieintensiv seien oder einen hohen Stromanteil an den Ge-

samtkosten hätten, steckten in den roten Zahlen. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) müsse mit dem Bundeskabinett über den Weg entscheiden. Haseloff ließ offen, welche Lösung er bevorzugt, betonte aber: „Der Bund kann sofort Abhilfe schaffen, er kann eine Deckelung vereinbaren, kann Steuern und Abgaben reduzieren.“

Aus Sicht von Energieminister Armin Willingmann (SPD) ist eine Deckelung, wie sie etwa in Frankreich praktiziert wird, nicht das richtige Mittel. Er sei überzeugt, dass andere Instrumente besser seien und auch besser zur Energiewirtschaft im Land passen. Willingmann hält aber eine Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindestsatz für sinnvoll. „Auch die vorübergehen-



„Wenn der Preis sich nicht normalisiert, werden wir eine Insolvenzwelle erleben.“

Reiner Haseloff
Ministerpräsident Sachsen-Anhalt
FOTO: THOMAS RUTKKE

de Senkung der Umsatzsteuer ist überlegenswert“, sagte er. Außerdem komme auf die EEG-Umlage jetzt „endlich“ Druck. Die Abschaffung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat der Bund bisher zum 1. Januar 2023 geplant, die Ampelkoalition berät, den Schritt vorzuziehen.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien könnte zudem einen positiven Einfluss auf die Preise haben: „Je schneller wir zu mehr Windkraft, mehr Photovoltaik, Geothermie und anderen Energieoptionen in Deutschland kommen, desto schneller werden wir unabhängiger von derartigen Preisschwankungen“, sagte Willingmann. Der Ausbau würde insgesamt mehr Unabhängigkeit von Energieträger-Importen mit sich bringen.